

2024-07-05

Sollen sie halt Kuchen fressen! Wie schnell das Essen knapp wird, wenn die Macht der Politiker nicht begrenzt wird

Oliver Gorus

Zu viel Staatsglaube nach dem Motto „Wir schaffen das!“ sorgt für zu viel Kollektivismus nach dem Motto „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Das erdrosselt in Massen die Selbstverantwortung des Einzelnen, dessen gesundes Motto „Ich tue, was ich für richtig halte und trage die Konsequenzen!“ gewesen wäre. Die Stimme abzugeben und die Verantwortung dergestalt den Akteuren des Staats hinzuschieben, erzeugt zwangsläufig zu viel Macht für Politiker, nach dem Motto „Alle sind gleich, aber wir sind gleicher!“, aber zu viel Macht für Politiker führt immer zu Machtausübung durch Politiker, also zu Verboten, Gesetzesflut, Bürokratie, Rekordbesteuerung, Verschuldung, Umverteilung, Verschwendung, Freiheitseinschränkungen, Preiskontrollen und Planwirtschaft nach dem Motto: „Wir müssen dies, wir müssen jenes!“ Das wiederum führt über die Fehlallokation von Gütern geradewegs zum Aushöhlen der Kapitalbasis der Wirtschaft, zum Einbruch der Produktivität und früher oder später zu Rationierungen nach dem Motto: „Wenn alle sich jetzt einschränken, reicht es noch für alle!“ Auf Rationierung und damit verbunden die völlige Ausschaltung des Preissignals folgt aber notwendig immer der weitere wirtschaftliche Niedergang nach dem Motto: „Vertrauen Sie uns, es ist nun mal notwendig für ein höheres Gut!“ Und das führt irgendwann zu Knappheit. Insbesondere zu Knappheit am Lebensnotwendigen: Wohnraum, Arbeit, Brennstoff, Lebensmittel. Die Folge: Not, Hunger, Krankheit, Tod.

Wer nun glaubt, diese schlüpfrige Rutschbahn vom Wohlstand hinunter zur Hölle des menschlichen Daseins sei eine exklusive Sache anderer Erdteile – wie Karibik, Mittel- oder Südamerika, Afrika oder Asien – oder anderer Zeiten in der Geschichte wie Feudalismus oder 20. Jahrhundert, der hat während der Corona-Maßnahmen-Krise nicht gut aufgepasst. Wir wissen nun, dass Lauterbach im Winter 2021 intern die 1-G-Regel durchsetzen wollte, um den Vertrieb der mRNA-Pharmaprodukte weiter anzukurbeln. Das bedeutete: Zutritt zum öffentlichen Leben, also auch zum Handel und zur Gastronomie nur noch für Geboosterte. Den Kauf von Lebensmitteln wollte er dabei noch irgendwie ausnehmen, weil ihm vermutlich klar war, dass es zu Tumulten führen würde, wenn er ein Drittel der Bevölkerung vom Kauf von Essen ausschließen würde. Aber wie hat er sich diese Ausnahme vorgestellt? Sollte eine separate Kasse für die Aussätzigen eingerichtet werden, wo nur Lebensmittel erlaubt waren? Vielleicht ein separater Eingang, um die Bösen von den Guten zu trennen? Speziell mit Biokampfstoffausrüstung hochgerüstete Kassiererinnen, um die Gefährder abzukassieren? Die ganze Idee grenzte an Wahnsinn. Darum gab es wohl auch einigen Widerstand in der Regierung, 1 G trauten sie sich dann eben doch noch nicht. Aber nicht, weil sie sich um die Versorgung der Bürger sorgten, sondern weil sie Angst vor dem Aufruhr hatten.

Stattdessen setzte Lauterbach dann die 2-G-plus-Regel durch. Im Interview bei „Jung & Naiv“ sagte er: „Eine Maßnahme, die besonders gut gewirkt hat, für die ich mich sofort eingesetzt habe, war die 2-G-plus-Regel. Weil die 2-G-plus-Regel hat dazu geführt, dass man in die Restaurants nur reinkam entweder mit einem Test oder aber geboostert. Das hat dazu geführt, dass sich viele haben boostern lassen. Das war auch die Berechnung dieser Vorgehensweise. Und somit glaube ich, ist es nicht so schlecht gelaufen.“ Wohlgedacht: „Das war auch die Berechnung ...“ Es ging also bei diesen Freiheitseinschränkungen mit 3 G, 2 G, 2 G plus oder 1 G ganz offen allein um Nötigung und Erpressung: Willst du essen, musst du dir die Spritze geben lassen. Das einzige Ziel dieser Maßnahmen war die Erhöhung des mRNA-Absatzes. Dass die Pharmaprodukte weder vor Ansteckung noch vor Weitergabe des Virus schützten, war damals allen Akteuren bereits bekannt, somit war auch klar, dass diese Maßnahmen medizinisch oder epidemiologisch überhaupt keinen Sinn ergaben. Es ging eiskalt nur um Marketing und Vertrieb für Pfizer und Co. – zur Not auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung mit den Dingen des täglichen Bedarfs bis hin zu Lebensmitteln. Und die Agenten der Pharmaunternehmen in der Regierung sagen das auch heute so ganz offen. Sie müssen sich sehr sicher fühlen. So eiskalt sind eigentlich nur Soziopathen oder Psychopathen. In einem zivilisierten Land werden solche Konflikte nicht dem Faustrecht überlassen, sondern es gibt allgemeinverbindliche und kulturell verankerte Regeln zur Konfliktschlichtung: also ein Rechtssystem. Über dem Recht sollte der Staat gerade nicht stehen, so will es eigentlich auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit dem Rechtsstaatsprinzip.

Nur leider haben die Jahre 2020 bis 2023 gezeigt, dass das genau dann Wunschdenken ist, wenn es darauf ankommt: Zum Rechtsstaatsprinzip gehört die gerichtliche Durchsetzung von Rechten, auch gegen die Regierung, und dazu ist eine konsequente Gewaltenteilung notwendig, die in Deutschland nur auf dem Papier existiert, durch die Parteienherrschaft aber durchkreuzt wurde, indem einfach die obersten Gerichte mit Parteileuten besetzt werden, die sich blendend mit der Regierung verstehen und sich ständig mit der zum Abendessen verabreden, um mit ihr fröhlich zu Lasten des Bürgers zu kugeln. Ohne unabhängige Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen wird es keine Lösung solcher Konflikte geben. Die Spaltung der Gesellschaft wird fortbestehen, und das Land wird weiter zerrüttet werden. Das ist ein schlüpfriger Abstieg, der irgendwann notwendigerweise in Gewalt mündet. Das kündigt sich ja bereits an. Die Täter der Corona-Zeit müssen deshalb zum Wohle des Landes und für eine bessere und friedliche Zukunft verurteilt und bestraft werden. Ich weiß nicht, was dafür noch alles passieren muss, denn dass die an den Freiheitseinschränkungen und der Ausgrenzung der Ungeimpften beteiligten Politiker kein Interesse an Aufarbeitung und Rechenschaft haben, ist offensichtlich. Nur: Solange diese Banditen noch an der Macht sind, wird es kein Vergeben und kein Vergessen geben. Was die Regierungen Merkel und Scholz verbochen haben, ist nicht wiedergutzumachen. Was sie aber bewirkt haben: Millionen Menschen wurden die Augen geöffnet. Vielen ist jetzt klar, wo der Feind steht. Das Vertrauen in den Staat und seine Akteure ist für einen signifikanten Teil der Bevölkerung zerstört. Es ist klar, dass freie Bürger sich anders organisieren müssen als in einer Parteienherrschaft. Es wird hochinteressant werden, zu erleben, was aus dieser Situation Konstruktives und Neues entstehen wird.